

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 23. März 1910

mit täglichem Familienblatt und Illust. Sonntagsblatt

Teleph. Amt 1. Nr. 10138 - 10148. Filialen: Pflanzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1-6, Frankfurter Allee 91-92, Gr. Frankfurterstr. 31 u. 37, Franzosenstr. 30, Hauptstr. 22, Schulendorferstr. 27, Königstr. 36/37, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 30, Hauptstr. 22, Leipzigerstr. 108, Rüdigerstr. 69, Charlottenburg, Kantstr. 31, Friedenau-Steig 11, Ullrichstr. 36, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Hildorf, Berlinstr. 41, Schöneberg, Hans 20/25, Weissener Kanal, Chaussee 63, Wilmersdorf, Ullrichstr. 36/37.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ercheitelt täglich zweimal; Sonntags nur morgens. Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für andere Orte: 80 Pfennig monatlich, vierteljährlich Mark 2.40. Inserationspreis für die Zeile 40 Pfennig. Stellenanzeigen und Gesuche für Pension, Kinder-Anzeigen, das Wort 4 Pfennig, das Foto Lebensbeschreibung 10 Pfennig. Redaktion und Expedition: SW. Jerusalemstr. 56-60. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Helden in Verlegenheit.

Der Abgeordnete Wasserhagen, der sich als Redner zum Grad des Auswärtigen Amtes hatte eintragen lassen, ist plötzlich, ohne dies beabsichtigt zu haben, von Berlin abgereist und vor Schluss der Tagung nicht mehr zurückgekehrt.

Schönbachpater und Seidenbinder wollen aus dieser Laune auf Schwierigkeiten schließen, die Herrn Wasserhagen und der von ihm vertretenen konservativen Fraktion im Vorstand seines Parteiverbandes liegt. Die Sitzung des Zentralausschusses am 13. März habe nicht ganz den harmonischen Verlauf genommen, von dem in den knappen Mitteilungen an die Presse die Rede sei, und der Einfluss des Vorstehers, den man für den Bruch mit der Rechten verantwortlich macht, sei jedenfalls schwer bedroht.

Wahrscheinlich hat die Reife Wasserhagens andere Gründe; er wird auch nicht, wie die „Kreuzzeitung“ höhnisch vermutet, in diesen Tagen auf der Suche nach einem neuen Wahlkreis sein. Soviel aber ist trotz der Zweifellos, daß bei den Nationalliberalen eine durch das Verhalten der Abgeordnetenfraktion hervorgerufene unbehagliche Stimmung sich fühlbar gemacht hat.

Die Mehrheit der Partei und vor allen Dingen des Parteivorstandes fühlt sich keineswegs wohl in der Gegenpolen, in die der Zufall mehr als der eigene Wille die Nationalliberalen hineingetrieben hat. So ein höchster Opposition ist ja gelegentlich ganz nett, aber daß die Partei nun schon zum zweiten Male — das erstmal war's bei der Reichsfinanzreform — mit den Fortschrittlichen und den Sozialdemokraten in eine Linie geraten ist, will den Angehörigen nicht in den Sinn.

Die nationalliberalen Abgeordneten sind gegen die Sozialdemokratie festhalten — rief in diesen Tagen Herr Reibig aus, und er hat damit nicht etwa nur die Meinung des rechten Flügel, sondern die der Gesamtheit einschließlichs des größten Teils der sogenannten Jungliberalen zum Ausdruck gebracht.

Nun ist ja im preussischen Abgeordnetenhaus nichts gesehen, was mit der scharfen Gegenrichtung gegen die Sozialdemokratie unvereinbar wäre. Aber schon der Umstand, daß die Fraktion mit der äußeren Linie gemeinsam den Wahlverfall hat, und die Reife Wasserhagen, die sich Herr Reibig gegenüber Herrn v. Wendt abgelesen, macht den konservativen großen Sorge. Und die ist nicht einmal so ganz unbegründet, denn man weiß, daß die Großindustriellen ihren an sich vermittlungslos. Eben erst wieder haben die potenten von ihnen sich für die öffentliche Meinung erklärt, und nun tangen die Konferenzen an, im Westen Berlin zu gründen. Was soll werden, wenn die die goldenen Mädchen in ein anderes Bett gehen?

Das Schlimme an der Sache ist, daß es so schwer ist, einen Ausweg zu finden, und das hängt damit zusammen, daß die Sozialdemokratie nicht etwa aus dem Reichstag ausgetrieben ist, sondern weil sie ihre Mandatsinteressen nicht genügend gewahrt glaubt. Das Selbstentzug ist nur ein großes Mißverständnis. Die Herren sind an die Seite der Linken gekommen nicht etwa, weil sie mit deren Forderungen sympathisieren, sondern weil sie verhoffentlich Finanzreform und die Politik des Zentrums in dem Sinne, den das neben den konservativen einnehmen.

Ein Geld wider Willen ist niemals eine sehr imponierende Erscheinung, aber er vermag seine Situation immer noch zu retten, wenn er versteht, aus der Not eine Tugend zu machen und die ihm aufgenötigte Rolle mit einigen Anstand durchzuführen. Aber auch dazu können sich die Nationalliberalen nicht entschließen. Der Preis, um den sie auch heute noch bereit sind, positiv mitzuarbeiten, ist keineswegs die Verwirklichung einer liberalen, gelbe wie denn einer radikalen Forderung, sie wollen nur die Zeitungen durch den ganzen Wahlkreis hat durch den einzelnen Bezirk durchgeführt sein. Sie sagen sich: das Gesetz, so wie es heute ist, dient den konservativen im Osten und dem Zentrum im Westen. Gegen die konservativen wollen und können wir nichts Ernsthafes unternehmen, da wir aber einen Anteil an der Reife haben wollen, und die Hauptpunkte unserer Abgeordnetenprogramm doch keine Aussicht auf Annahme haben, möchten wir wenigstens im Westen einige Fortschritte sehen; und die können wir nur erzielen, wenn es den minderbemittelten Zentrumswählern nicht mehr möglich ist, durch die Bezirksvertretung in einzelnen Gemeinden in die erste Klasse zu kommen.

So befinden sich die Kerne in einer geradezu bejammernswerten Lage. Weichen sie in der Opposition, so machen sie sich bei der Rechten und ihren Geldgebern des Viehdiebstahls mit der Sozialdemokratie verdächtig; schlagen sie sich zur Mehrheit, so schlagen sie sich damit selbst ins Gesicht. Unter diesen Umständen läßt sich's verstehen, daß die den konservativen immer wieder neue Vorstellungen machen, wie notwendig ein Schwiebertag sei. Selbst der am meisten in einem etwas ausgeprägteren Liberalismus machende ehemalige Abgeordnete Wötter bemüht sich, den konservativen klarzumachen, daß sie ja nun, nachdem sie gehen hätten, wie kampfzäh die Nationalliberalen seien, eine gemeinsamen „Politik der Sammlung gegenüber destruktiven Tendenzen des Radikalismus“ geneigt sein müßten. Aber wie denkt sich das Herr Wötter? Freizeiten kann Herr v. Wendt durch das Zentrum nicht mehr, und wenn die Nationalliberalen nicht damit einverstanden sind, daß das Zentrum den Wahlverfall abschafft, dann müssen sie eben draußen bleiben.

Welchen Weg die Rechten vom „gemäßigten“ Liberalismus am Ende gehen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Darauf aber kommt es schließlich auch recht wenig an; denn selbst wenn sie bei der Wahlzeit verharren sollten, so würde das alles andere eher denn ein Zugeländnis an die Ideen der Demokratie sein. Der eine Schritt so gut wie der andere beruht nur die Verlegenheit einer Partei, die sich bemüht hat, heterogene Schichten zu vereinen, ohne dabei über den Kitt zu verfügen, der der Zentrumsarbeit zur Verfügung steht. Man kann in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der schweren Industrie auf die Dauer nicht die Wünsche der Wählermassen befriedigen. Man kann nicht das Zentrum befriedigen und dabei doch nicht wagen dürfen, mit der äußersten Linken gemeinsame Sache zu machen. Man kann nicht den Liberalismus — auch nicht den „gemäßigten“ — im Mund führen und gleichzeitig die „Sammlung“ gegen die destruktiven Elemente“ predigen.

Der Berliner als Soldat.

Eine gute Abfertigung.

Was von dem Militär als merkwürdigen Anspruchs „Die Berliner sind beim Militär nicht sehr beliebt“ zu halten ist, das haben wir im geliebten Abendblatt gehörend beleuchtet. Jetzt läßt auch ein so militärfreundliches und konservatives Organ, wie die von Freitricher v. Noell herausgegebene „Neue Politische Korrespondenz“ dem Heißer „Preis“ eines kritischen Artikels widerfahren, indem die Korrespondenz schreibt: „Die Ansicht, daß der Berliner als Soldat bei den Vorgesetzten nicht beliebt ist, wie dies jüngst in einem gerichtlichen Verfahren behauptet wurde, ist sehr cum grano salis anzuprehen wenigstens dort, wo das entsprechende Merkmal für den Soldaten liegt, nämlich vor dem Heimkehrer der Berliner immer sehr brauchbar und daher auch sehr beliebt“ gewesen das Soufflörenten der Berliner Kinder wird in das Brandenburgische Infanterieregiment Nr. 35 eingeteilt, das seit einiger Zeit den Namen „Prinz Heinrich“ erhalten hat. Dieses Regiment zeichnete sich 1864, 1866 und 1870/71 ganz besonders aus. 1864 erhielt es das ritterliche Signalhorn ausgeprochen, das von einem Nationalen für das tapferste Regiment im Feldzuge gegen Dänemark geföhrt worden war. 1866 fand es mit dem ganzen dritten Korps in Rehehe, hatte aber doch das Glück, eine österreichische Kavallerieabteilung glänzend abzuföhren zu können. Und 1870/71 wieder heimte das Regiment die meisten eiserernen Kreuze 1. Klasse ein, nämlich 151. Am rühmreichen Zuge des 16. August hielt das Regiment den Weller Flanzen, den Woller später als den Schlüssel der Stellung bezeichnet, bis zur Nacht gegen den niederösterreichischen Artillerie, und ebenso glänzend schloß sich das Regiment bei Orleans und bei Mars. Es verlor an Toten und Verwundeten 1870/71 1500 Mann, also die Hälfte seines Bestandes. Auch Prinz Friedrich Karl, der berühmte „rote Prinz“, liebte die „Berliner Kinder“ sehr. Allerdings beanprucht das Material einen ganz besonderen Ehrentitel; denn der Berliner wird alles, was er machen soll im höchsten Ehren und, von seinem Offizier selbst vorgemacht sein. Ebenso beanprucht er eine energische, sichere und willenssträchtige Führung. Dann aber ist er ein ausgezeichneter Soldat und gehört zu dem besten Material in der Armee.

Aus dieses „beste Material in der Armee“ soll nach dem Ausdrucks des Verhandlungsleiters im vorgefertigen verhandelt werden, nicht sehr beliebt ist. Es wäre gut, wenn dem Generäle die deutsche Wäpplche tun so folgen könnte für die Zukunft etwas mehr Berücksichtigung anempfohlen würde.

Herr v. Schoen hat „keine Ahnung“.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ geschrieben: „An der Reichstagsabfertigung vom 16. März sagte der Herr Staatssekretär v. Schoen in Erwiderung auf meine Ausführungen von vorherigen Tage nach übereinstimmenden Zeitungsberichten folgendes: „Es findet keine Verzögerung des Adels weber in der Theorie noch in der Praxis statt. Herr Stresemann hat behauptet, daß systematisch nur die Adligen mit großen Missionen betraut würden. Ich bin drei Jahre im Amt, habe aber von einem solchen System keine Ahnung, vielmehr hat Herr Stresemann eine bessere Quelle ist das Handbuch für den königlich preussischen Hof und Staat für das Jahr 1910. Aus ihm ergibt sich folgendes: Das deutsche Reich hat Botschaften in London, Rom, Wien, Petersburg, Madrid, Konstantinopel, Washington und Paris. Bei diesen Botschaften ist weder ein bürgerlicher Botschafter, noch ein bürgerlicher Botschafter, noch irgendeine ständige Stelle des ersten bis dritten diplomatischen Grades mit Bürgerlichen besetzt. Man wird wohl behaupten dürfen, daß die große Politik Deutschlands in erster Linie in diesen Vertretungen bei den Hauptmächten betrieben wird. Das bürgerliche Element ist hierbei vollständig ausgeschlossen.“

Von den 16 Gesandten und 13 Ministerresidenten sind bürgerlich die Gesandten von Athen, Mexiko, Mexiko, Peru. Von den Ministerresidenten der Hauptstädte dieses Festens in Lissabon, alle übrigen Gesandtschaften sind mit adligen Gesandten und Gesandtschaften beziehungsweise Gesandtschaftssekretären besetzt. Nach dem Staatshandbuch für 1910 gab es überhaupt nur einen bürgerlichen Legationssekretär. Dr. Reutemann bei der diplomatischen Legation in Rom und eines bürgerlichen Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Rom, Petersburg.

Dr. Reutemann ist schlichter, daß unter den niedrigstehenden Personen nur drei bürgerliche Attaches vorhanden sind, nämlich der sächsische Referendar Dr. Goebel in Paris, der preussische Referendar Dr. Gornhoft in Tokio und der preussische Referendar Dr. Gornhoft in Washington. Soweit förmlich bürgerliche Gesandtschaften bei den übrigen Bundesstaaten, nämlich in Baden, Bayern, in den Hansestädten, in Hessen, Oldenburg, beim päpstlichen Stuhl, in Sachsen, Thüringen und Württemberg bestehen, muß festgestellt werden, daß bei diesen weder ein bürgerlicher Gesandtschaftssekretär, noch Legationssekretär, noch Attache vorhanden ist.

Bei der Belegung der Generalkonsulate wird ebenfalls das Grundsatzprinzip geöhlt. Zwar gibt es noch an einigen wichtigen Orten, so in Petersburg, Odessa, St. Francisco, Bukarest und Rom, bürgerliche Generalkonsulate, ein Bild in die Liste der Konsulate und Generalkonsulate zeigt aber ebenfalls, daß man zwar in kleinere und kleinste Orte regelmäßig bürgerliche sendet, daß aber die Berufsconsulate in den wichtigsten Orten immer mehr mit Adligen besetzt werden. So sind von den Konsulaten in Osterrreich-Ungarn die in Wien, Pest, Prag und Temeswar, von denen in Italien die in Genua, Turin, Neapel und Palermo, ferner die Generalkonsulate in Kairo und Sofia, in Bern und Zürich, in Stockholm und Warschau, in Schanghai, in Nanjing, in Paris, in Havre, in Yokohama und in Zuni mit Adligen besetzt.

Wenn man die Gesamtaufstellung prüft und sich die eingangs wiedergegebenen Worte des Herrn Staatssekretärs v. Schoen ihnen gegenüber vergegenwärtigt, so kann man bei aller gebotenen Gültigkeit der Rede wirklich nur zu der Anschauung kommen, daß man die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wirklich zu nehmen hat, und daß ihm tatsächlich kein Verhältnis nicht bekannt sind. Um so eigentümlicher wirkt es, wenn er diese Feststellung mit einer Gebärde überlegenem Ironie in der Debatte glaubt abtun zu können.“

Ein Staatssekretär, der in seinem eigenen Reflorio wenig Bescheid weiß, daß er im wichtigsten Sinne des Wortes ein „Blinder“ ist, ist ein solcher Staatssekretär hat wirklich kein Anrecht auf ein besonderes Vertrauen zu seiner Amtsföhren. Im übrigen sieht man wieder einmal, wie durch feine und fettliche Stellen für unser liebes Junkertum geföhrt ist.

ische Referendar Dr. Gornhoft in Tokio und der preussische Referendar Dr. Gornhoft in Washington. Soweit förmlich bürgerliche Gesandtschaften bei den übrigen Bundesstaaten, nämlich in Baden, Bayern, in den Hansestädten, in Hessen, Oldenburg, beim päpstlichen Stuhl, in Sachsen, Thüringen und Württemberg bestehen, muß festgestellt werden, daß bei diesen weder ein bürgerlicher Gesandtschaftssekretär, noch Legationssekretär, noch Attache vorhanden ist.

Bei der Belegung der Generalkonsulate wird ebenfalls das Grundsatzprinzip geöhlt. Zwar gibt es noch an einigen wichtigen Orten, so in Petersburg, Odessa, St. Francisco, Bukarest und Rom, bürgerliche Generalkonsulate, ein Bild in die Liste der Konsulate und Generalkonsulate zeigt aber ebenfalls, daß man zwar in kleinere und kleinste Orte regelmäßig bürgerliche sendet, daß aber die Berufsconsulate in den wichtigsten Orten immer mehr mit Adligen besetzt werden. So sind von den Konsulaten in Osterrreich-Ungarn die in Wien, Pest, Prag und Temeswar, von denen in Italien die in Genua, Turin, Neapel und Palermo, ferner die Generalkonsulate in Kairo und Sofia, in Bern und Zürich, in Stockholm und Warschau, in Schanghai, in Nanjing, in Paris, in Havre, in Yokohama und in Zuni mit Adligen besetzt.

Wenn man die Gesamtaufstellung prüft und sich die eingangs wiedergegebenen Worte des Herrn Staatssekretärs v. Schoen ihnen gegenüber vergegenwärtigt, so kann man bei aller gebotenen Gültigkeit der Rede wirklich nur zu der Anschauung kommen, daß man die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wirklich zu nehmen hat, und daß ihm tatsächlich kein Verhältnis nicht bekannt sind. Um so eigentümlicher wirkt es, wenn er diese Feststellung mit einer Gebärde überlegenem Ironie in der Debatte glaubt abtun zu können.“

Ein Staatssekretär, der in seinem eigenen Reflorio wenig Bescheid weiß, daß er im wichtigsten Sinne des Wortes ein „Blinder“ ist, ist ein solcher Staatssekretär hat wirklich kein Anrecht auf ein besonderes Vertrauen zu seiner Amtsföhren. Im übrigen sieht man wieder einmal, wie durch feine und fettliche Stellen für unser liebes Junkertum geföhrt ist.

Ein kleiner Nachtrag.

Von den 23 kommandierenden Generalen der deutschen Armee führen den Grafentitel Graf Kirchbach und Graf Dürckheim-Montmarin. Den Freiherrntitel Freiherr v. Helmsholtz-Scheel, Freiherr v. Scheffer-Bohnel, Freiherr v. Göttingen-Bunze und Freiherr von und zu der Zahren. Bürgerlich ist General Gmüth, Gendel worden sind die Generale v. Alud und v. Madefien; General Freiherr v. Scheffer-Bohnel wurde zunächst gendel und erhielt später den Freiherrntitel und den Namen Bohadel. General v. Gmüth hat ein königliches Geheiß mit seinem Namen den Namen seines Schwiegersvaters v. Rothmann; General Graf Kirchbach erbt den Grafentitel von seinem Vater, der gleichfalls das fünfte Armeekorps führte, und dem Vater des Generals v. Gmüth ist der erbliche Adel verliehen worden.

Der verprügelte Ministerpräsident

und der Philosoph der Reaktion.

Zreffend schreibt das „Berliner Tageblatt“: Theorie, wie sie von bescheidenen Philosophen in stiller Stubeverhite ausgearbeitet werden, haben mitunter das rechtliche Schicksal, zur Praxis auffallend — nicht zu stimmen. Diese trübe Erfahrung macht auch der „Philosoph der Reaktion“, Herr v. Bethmann Hollweg, der auf Besuch in Rom weil, leider aber zu einem österrischen „Großreinemachen“ gekommen ist, so daß außer seinem eigenen Amtsvorgänger niemand recht Zeit für ihn hat. Vielmehr benutzt er die Ruhe, die ihm dadurch beschaffen ist, dazu, seine staatsphilosophischen Anschauungen an der Hand der Tagesereignisse ein wenig zu korrigieren. Denn nach der Theorie des Herrn v. Bethmann müßte die ungarische Volksvertretung ein Kulturparlament ersten Ranges sein. Gewählt wird direkt, aber öffentlich, ganz nach dem Ideal, das Herr v. Bethmann für Preußen vordröherte. Es besteht ein Zensus; wahlberechtigt sind keine sechs Prozent der Bevölkerung; die Wahlkreisgeometrie, wonach die Wahlbezirke zurechtgeschliffen sind, hat auf Erden nicht ihresgleichen; die „gottgewollten Wahlsingulett“ funktionieren bei Wahlen derart zuverlässig, daß ein preussischer Kandidat ehe vor Weib werden konnte. Nach Herrn v. Bethmanns Theorie also müßte kein Parlament gegen die „verfluchende Wirkung“ demokratischer Einrichtungen in geöhlich sein wie der ungarische Reichstag. Und gerade da haben die Gesandten eines Deutsches geföhrt und mit himmelstehenden Kautelen umgebenen Elternrechts den Ministerpräsidenten verprügelt, daß er sich acht Tage zu Bett legen muß! Wenn die schönsten Theorien, die der begeisterten Beifall aller Reaktionäre erhalten hatten, von der Praxis so jämmerlich verprügelt werden: gib's da noch ein Gerechtigkeit auf der Welt? Armer Bethmann!

Eine fonderbare Depesche.

Das agrarische Blätter ihren leidiggläubigen Lesern zu erzählen inustande sind, das ist ein Weibsel: Das Organ des Bundes der Landwirte berichtet den den Zauernebeln aus Anlaß des Reichstagsabgeordneten Dr. Fernes und teilt in Nr. 136 mit: „Der Präsident des Reichstags ist die folgende Depesche im Zauernebel eingetroffen: „Am 15. bis 20. März sammeln die Kreisräte Westfalens auf der „Reife Erntezeitung“ und nehmen die Abkommensgebühren entgegen.“

Am 15. bis 20. März sammeln die Kreisräte Westfalens auf der „Reife Erntezeitung“ und nehmen die Abkommensgebühren entgegen.